

die övp-delegation  
im europäischen parlament



# Kommissions-Hearings im Europäischen Parlament

Das Verfahren und die politischen  
Schwerpunkte der ÖVP-Delegation

Brüssel, 26. September 2004

Mag. Philipp M. Schulmeister  
Presseabteilung der EVP-ED Fraktion

## Inhaltsverzeichnis

---

<b>Hintergrund</b> .....	<b>3</b>
Die Rolle der Kommission .....	3
Das Verfahren der Einsetzung gemäß Vertrag .....	4
Struktur und Ziel der Anhörungen .....	4
Weitere Informationen .....	5
<b>Ursula Stenzel</b> .....	<b>6</b>
Benita Ferrero-Waldner .....	6
Olli Rehn .....	6
Vladimir Spidla .....	6
<b>Othmar Karas</b> .....	<b>7</b>
Ingrida Udre .....	7
Markos Kyprianou .....	7
Charlie McCreevy .....	7
Ján Figel .....	7
Nellie Kroes .....	7
Viviane Reding .....	8
Joaquín Almunia .....	8
<b>Reinhard Rack</b> .....	<b>8</b>
Jacques Barrot .....	8
Margot Wallstroem .....	9
Günter Verheugen .....	9
<b>Agnes Schierhuber</b> .....	<b>9</b>
Mariann Fischer Boel .....	9
Rocco Buttiglione .....	10
<b>Paul Rübig</b> .....	<b>10</b>
Günter Verheugen .....	10
Janez Potocnik .....	11
Viviane Reding .....	11
László Kovács .....	11
Dalia Grybauskaite .....	11
Peter Mandelson .....	12
<b>Richard Seeber</b> .....	<b>12</b>
Stavros Dimas .....	12
Danuta Hübner .....	12
Jacques Barrot .....	12
Markos Kyprianou .....	13

## Alphabetischer Index der Kommissare

---

<b>Almunia</b> , Joaquín .....	8	<b>Kyprianou</b> , Markos .....	7, 13
<b>Barrot</b> , Jacques .....	8, 12	<b>Mandelson</b> , Peter .....	12
<b>Buttiglione</b> , Rocco .....	10	<b>McCreevy</b> , Charlie .....	7
<b>Dimas</b> , Stavros .....	12	<b>Potocnik</b> , Janez .....	11
<b>Ferrero-Waldner</b> , Benita .....	6	<b>Reding</b> Viviane .....	7, 11
<b>Figel</b> , Ján .....	7	<b>Rehn</b> , Ollie .....	6
<b>FischerBoel</b> , Mariann .....	9	<b>Spidla</b> , Vladimir .....	6
<b>Grybauskaite</b> , Dalia .....	11	<b>Udre</b> , Ingrida .....	6
<b>Hübner</b> , Danuta .....	12	<b>Verheugen</b> , Günter .....	9, 10
<b>Kovács</b> , László .....	11	<b>Wallström</b> , Margot .....	8
<b>Kroes</b> , Nellie .....	7		

## Hintergrund

---

Am 1. November 2004 wird ein neues Kollegium von Kommissionsmitgliedern für den Zeitraum 2004-2009 seine Arbeit aufnehmen. Bevor das Exekutivorgan der Europäischen Union jedoch sein Amt ausüben kann, muss ihm das Europäische Parlament seine Zustimmung erteilen.

Am 22. Juli 2004 billigte das Europäische Parlament die Ernennung von José Manuel Durao Barroso zum Nachfolger von Romano Prodi als künftiger Kommissionspräsident. Nachdem der Kommissionspräsident sein Team zusammengestellt hat, führen die Fachausschüsse des Europäischen Parlaments zur Vorbereitung des Zustimmungsvotums, das das Europäische Parlament zum neuen Kollegium der Kommissionsmitglieder als Ganzes abgeben wird, eine Reihe von Anhörungen mit den 24 designierten Kommissionsmitgliedern durch. Diese Anhörungen finden zwischen dem 27. September und dem 8. Oktober in Brüssel statt.

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Anhörungen wird das Europäische Parlament während der Oktober-Tagung in Straßburg sein formelles Zustimmungsvotum abhalten. Die Zustimmung des Parlaments zur Zusammensetzung der Kommission ist eine Voraussetzung für die offizielle Einsetzung der neuen Kommission durch den Ministerrat.

## Die Rolle der Kommission

---

Die Kommission spielt im institutionellen Gefüge der Union eine Schlüsselrolle. Im Gegensatz zu den institutionellen Strukturen der Mitgliedstaaten vereint sie sowohl bestimmte legislative als auch exekutive Befugnisse. Ihre Hauptaufgaben sind:

1. Die Kommission hat das „Initiativrecht“ bezüglich der europäischen Rechtsvorschriften. Alle Legislativvorschläge, die vom Europäischen Parlament und dem Ministerrat erlassen werden, werden nämlich zunächst von der Kommission ausgearbeitet.
2. Als Exekutivorgan der EU ist sie zuständig für die Umsetzung der EU-Politiken. Konkret heißt das, dass die Kommission für die Finanzverwaltung aller Gemeinschaftsprogramme und des Unionshaushalts insgesamt verantwortlich ist; sie hat ferner direkte Entscheidungsbefugnisse in wichtigen Politikbereichen wie Wettbewerbspolitik und staatliche Beihilfen. Bei ihren autonomen Entscheidungen sind der Kommission natürlich durch die im Vertrag festgelegten Befugnisse und Vorschriften insofern Grenzen gesetzt, als sie mit ihnen konform sein müssen.
3. Als „Hüterin der Verträge“ setzt sie europäisches Recht um und kann beim Europäischen Gerichtshof Klage gegen Mitgliedstaaten erheben, die ihren im Vertrag oder in anderen europäischen Rechtsvorschriften festgelegten Verpflichtungen nicht nachkommen.
4. Schließlich vertritt sie die Europäische Union auf dem internationalen Parkett, beispielsweise bei den Verhandlungen über Abkommen zwischen der EU und Drittstaaten.

Angesichts dieser Befugnisse werden dem Europäischen Parlament im Vertrag eine Reihe von Kontrollrechten gegenüber der Kommission zugestanden. Die obligatorische Zustimmung des Europäischen Parlaments zur Kommission ist ein wichtiger Aspekt im Zusammenhang mit der Rechenschaftspflicht der Kommission gegenüber dem Parlament.

## Das Verfahren zur Einsetzung gemäß dem Vertrag

---

Vor Inkrafttreten des Vertrags von Nizza wurde die Kommission einstimmig von den Regierungen der Mitgliedstaaten ernannt. Dies bedeutete, dass ein einzelner Mitgliedstaat ein Veto gegen die Zusammensetzung der Kommission einlegen konnte. Der Vertrag von Nizza stellt einen bedeutenden Fortschritt dar, weil für das Verfahren zur Einsetzung die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit eingeführt wurde. Gemäß Artikel 214 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in der durch den Vertrag von Nizza geänderten Fassung umfasst das Verfahren zur Einsetzung folgende Schritte:

- Zuerst benennt der Europäische Rat (d.h. die Staats- und Regierungschefs) die Persönlichkeit, die er zum Präsidenten der Kommission zu ernennen beabsichtigt. Dieser Ernennung muss das Europäische Parlament mehrheitlich zustimmen. Wird die Zustimmung zur Ernennung verweigert, fordert der Präsident des Europäischen Parlaments den Europäischen Rat auf, einen neuen Kandidaten zu benennen.
- Wird die Ernennung des designierten Präsidenten gebilligt, schlägt die Regierung jedes Mitgliedstaates die Persönlichkeit vor, die sie zu einem Mitglied der Kommission zu ernennen beabsichtigt. Der Ministerrat nimmt im Einvernehmen mit dem designierten Präsidenten die Liste der designierten Kommissionsmitglieder an.
- Der Präsident und die übrigen designierten Mitglieder der Kommission stellen sich als Kollegium einem Zustimmungsvotum des Europäischen Parlaments. Vor diesem Votum führen die parlamentarischen Ausschüsse gemäß den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Parlaments Anhörungen mit allen designierten Mitgliedern außer dem Präsidenten durch, dessen Ernennung bereits gebilligt wurde.
- Nach Zustimmung des Europäischen Parlaments werden der Präsident und die übrigen Mitglieder der Kommission vom Rat ernannt.

## Struktur und Ziel der Anhörungen

---

Die Anhörungen zielen hauptsächlich darauf ab, die Schlussabstimmung des Europäischen Parlaments über die Zustimmung zur gesamten Kommission vorzubereiten:

- Die Anhörungen bieten den parlamentarischen Ausschüssen die Gelegenheit, Einblicke in die Persönlichkeiten der designierten Kommissionsmitglieder zu gewinnen und einen ausführlichen Meinungsaustausch über die Prioritäten der einzelnen Kandidaten im Hinblick auf ihre jeweiligen Zuständigkeitsbereiche durchzuführen.
- Im Falle der Zustimmung zur Kommission dienen die Anhörungen dazu, zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine effiziente Arbeitsbeziehung zwischen den Ausschüssen des Parlaments und dem zuständigen Kommissionsmitglied herzustellen.
- Schließlich sind sie auch ein erster Anhaltspunkt für die Bewertung der vom betreffenden Kommissionsmitglied anschließend geleisteten Arbeit.

Jedes designierte Kommissionsmitglied wird zu einer Anhörung mit dem parlamentarischen Ausschuss geladen, dessen Zuständigkeitsbereich dem Geschäftsbereich des jeweiligen Kommissionsmitglieds entspricht. Wenn der Geschäftsbereich eines Kommissionsmitglieds die Zuständigkeitsbereiche mehrerer Ausschüsse betrifft, nehmen alle beteiligten parlamentarischen Ausschüsse an der Anhörung im „federführenden“ Ausschuss teil.

Als Vorbereitung der Anhörungen musste jedes designierte Kommissionsmitglied bereits auf einen schriftlichen Fragebogen antworten, der von den beteiligten Ausschüssen erstellt wurde. Dabei wurden in zwei Teilen sowohl allgemeine europapolitische als auch ressortspezifische Fragen gestellt, die die fachliche Qualifikation des designierten Kommissionsmitglieds überprüfen sollen.

Jede Anhörung dauert drei Stunden: Zu Beginn gibt das designierte Kommissionsmitglied eine Erklärung ab. Anschließend stellen die Abgeordneten gut zweieinhalb Stunden lang Fragen, die der Kandidat beantwortet. Nach der Anhörung teilt der jeweilige parlamentarische Ausschuss dem Präsidenten des Europäischen Parlaments im Hinblick auf das Zustimmungsvotum zur gesamten Kommission seine Bewertung in schriftlicher Form mit.

## Weitere Informationen

---

Zusätzliche und ausführlichere Informationen finden Sie im Internet:

### 1. Homepage der ÖVP-Delegation

---

Auf der Website der ÖVP-Delegation im Europäischen Parlament finden Sie im Laufe der Hearings täglich aktuelle Pressemitteilungen und Bewertungen der Anhörungen sowie eine Vielzahl weiterer aktueller Informationen

<http://www.mep.at>

### 2. Anhörungen Live via Internet

---

Das Europäische Parlament überträgt alle Anhörungen via Livestream ins Internet:

[http://www.europarl.eu.int/press/audicom2004/index\\_de.htm](http://www.europarl.eu.int/press/audicom2004/index_de.htm)

### 3. Informationen des Europäischen Parlaments zu den Hearings

---

Alle Termine, Infos und Hintergrundberichte zu den Anhörungen der designierten Kommissionsmitglieder finden Sie auf der speziell eingerichteten Website des Europaparlament:

[http://www.europarl.eu.int/hearings/commission/2004\\_comm/default\\_en.htm](http://www.europarl.eu.int/hearings/commission/2004_comm/default_en.htm)

### 4. Kontakt

---

Wenn Sie weitere Fragen zu den Hearings haben oder einen Gesprächstermin mit einem Mitglied der ÖVP-Delegation möchten, kontaktieren Sie bitte die Pressestelle der EVP-ED-Fraktion:

**Mag. Philipp M. Schulmeister**

GSM: 0032-475-790021

Email: [pschulmeister@europarl.eu.int](mailto:pschulmeister@europarl.eu.int)

**Mag. Andrea Strasser**

GSM: 0032-473-311175

Email: [astrasser@europarl.eu.int](mailto:astrasser@europarl.eu.int)

Sie können unter den im Text angegebenen Telefonnummern und Emailadressen natürlich auch direkt mit dem Büro des von Ihnen gewünschten Abgeordneten Kontakt aufnehmen!

## Ursula Stenzel

Für die ÖVP-Delegationsleiterin sind die Anhörungen der designierten Kommissare ein erster Test der Qualität der künftigen Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission. Auch wenn man sich dessen bewusst sein muss, dass das Europäische Parlament nur das Kollektiv der Kommission bestätigen oder ablehnen kann, sind die einzelnen Hearings dennoch Gradmesser dessen, was sich die Abgeordneten in der legislativen und politischen Zusammenarbeit erwarten können.

Für den hauptsächlichen Arbeitsbereich von Ursula Stenzel sind vor allem die Anhörungen der designierten Kommissionsmitglieder Benita Ferrero-Waldner und Olli Rehn ausschlaggebend. Beide Kommissare werden eng mit dem außenpolitischen Ausschuss des Europaparlaments zusammenarbeiten müssen und haben in den kommenden Jahren wichtige Entscheidungen über die zukünftige Entwicklung der EU zu treffen.

### **Benita Ferrero-Waldner (Österreich): EU-Außenbeziehungen**

---

Der österreichischen Kandidatin Benita Ferrero-Waldner fällt die wichtige Aufgabe des Ausbaus der Nachbarschaftsstrategie der EU, der Beziehungen der Union in der Welt und der Kooperation mit dem Mittleren Osten sowie natürlich den USA zu - Aufgaben, für die sie als langjährige und erfolgreiche Außenministerin Österreichs bestens qualifiziert ist. Als Nachfolgerin von Chris Patten übernimmt Ferrero-Waldner eines der Schlüsselressorts der künftigen Europäischen Kommission.

### **Olli Rehn (Finnland): Erweiterung**

---

Der finnische Kandidat Olli Rehn wird mit dem Ressort Erweiterung ebenfalls eine wesentliche Aufgabe erhalten: Auf seiner Agenda stehen nicht nur die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien, Rumänien und Kroatien, sondern unter Umständen auch der Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, sollte ein entsprechender Beschluss von den Staats- und Regierungschefs gefasst werden. Für Stenzel ist die Position Rehns zu solchen Verhandlungen und der Art ihrer Durchführung ein wesentliches Thema seiner Anhörung.

### **Vladimir Spidla (Tschechische Republik): Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit**

---

In der Anhörung des ehemaligen tschechischen Premierministers will Ursula Stenzel als Mitglied des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten wissen, welche Maßnahmen Spidla setzen möchte, damit sich Europa in Zukunft stärker auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze konzentriert um mehr Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, statt, wie bisher, den Schwerpunkt auf den Ausbau der sozialen Sicherheit von bereits beschäftigten Menschen zu legen. Weitere Themen, die Stenzel ansprechen möchte, sind der europäische soziale Dialog und die Wahrung der Autonomie der Sozialpartner bei Sozialpartnervereinbarungen mit dem Ziel, dass der Subsidiaritätsgrundsatz gewahrt bleibt und keine kontraproduktiven Eingriffe in funktionierende nationale Systeme erfolgen.

#### **Rückfragen:**

**MEP Ursula Stenzel**, Tel.: 0032-2-284-5766 (ustenzel@europarl.eu.int)

## **Mag. Othmar Karas**

### **Ingrida Udre (Lettland): Steuern und Zollunion**

---

Die Steuerpolitik, sowohl für direkte und indirekte Steuern, ist für den Wirtschaftssprecher der ÖVP-Delegation eine wesentliche Frage für das Funktionieren des EU-Binnenmarktes, die sich vor allem im Problem des Steuerwettbewerbs mit seinen negativen Auswirkungen zeigt. Karas spricht sich für ein "Bandbreitenmodell" zur Harmonisierung der europäischen Unternehmen aus, das den regionalen Standortwettbewerb nach wie vor ermöglicht, diesen aber in Bahnen lenkt, um den Binnenmarkt nicht durch ein "Hinunter-Lizitieren" der Steuersätze zu gefährden. Als besondere Herausforderung der neuen Kommissarin für die kommende Periode sieht Karas den Umgang mit unterschiedlichen Steuersystemen und -sätzen beim grenzüberschreitenden Handel, aber auch für Bewohner der Grenzregionen zwischen den Mitgliedstaaten und an den Außengrenzen der Union.

### **Markos Kyprianou (Zypern): Gesundheit und Konsumentenschutz**

---

Karas begrüßt die von Kyprianou bereits angesprochenen Bemühungen um weitere Harmonisierungen im Bereich der Nahrungssicherheit. Hier sind für Karas aber auch die der Ernährungsindustrie dabei entstehenden Kosten zu berücksichtigen: Ja zu einem höchstmöglichen Gesundheitsniveau und zu grenzüberschreitenden Regelungen dort, wo es um die Rechts- und Nahrungssicherheit geht, aber keine Auflagen, die dem Konsumenten wenig bringen und die Industrie nachhaltig belasten. Für Karas sind Harmonisierungen im Verbraucherschutz auch binnenmarktrelevant, da dies zur Rechtssicherheit der Unternehmen beiträgt und damit den Export erleichtert. Es muss aber darauf Wert gelegt werden, dass eine Harmonisierung in diesen Bereichen aber unter Berücksichtigung des grundsätzlich subsidiären Ansatzes und der Möglichkeit der Beibehaltung höherer Schutzstandards erfolgt. (z.B. österreichisches Lebensmittelrecht)

### **Charlie McCreevy (Irland): Binnenmarkt und Dienstleistungen**

---

Im Mittelpunkt dieser Anhörung steht für Karas die Forderung nach einer raschen Finalisierung des Aktionsplans für Finanzdienstleistungen. Auch McCreevy hat sich aufgrund des erwartbaren volkswirtschaftlichen Nutzens der Integration der europäischen Finanzmärkte dafür ausgesprochen. Sympathie bringt Karas auch dem Ansatz des Kommission entgegen, die Frage einer Harmonisierung oder gegenseitigen Anerkennung von Fall zu Fall unterscheiden zu wollen. Herausstreichen möchte Karas in dem Hearing auch die Bedeutung der freien Berufe, die eine gewisse qualifikationsbezogene Beschränkung weiterhin unerlässlich macht sowie als weitere Themen die Dienstleistungsrichtlinie und die Software-Patente.

### **Ján Figel (Slowakei): Bildung, Ausbildung, Kultur und Mehrsprachigkeit**

---

Bildung ist für Karas ein zentraler Bestandteil des Lissabonprozesses. Er unterstützt die Forderung nach einem Ausbau der EU-Programme für Lebenslanges Lernen, die mit 2007 beginnen werden. Karas fordert von Figel ein klares Bekenntnis, die europaweite Anerkennung von Bildungs- und Berufsqualifikationen als weiterem Schritt zur Vollendung des Binnenmarkts zügig voranzutreiben.

### **Nellie Kroes (Niederlande): Wettbewerb**

---

In der Frage der Wettbewerbspolitik begrüßt Othmar Karas den Ansatz der Kommission, den Wettbewerb neben die Förderung der Kohäsion zu stellen. Der niederländischen Kandidatin muss die Frage gestellt werden, wie sie mit der Frage nach der Regulierung staatlicher

Beihilfen umgehen wolle, da diese nicht prinzipiell als wettbewerbsverzerrend ausgeschlossen werden können. Ebenfalls diskutiert werden müsse die Frage des freien Wettbewerbs im Kontext der Debatte um das Weißbuch zur Daseinsvorsorge. Karas begrüßt grundsätzlich weitere Schritte zur Liberalisierung, da diese auch den Wettbewerb und damit die Wirtschaft anregen, jedoch nur unter Berücksichtigung der im Weißbuch selbst genannten Grundsätze zur Daseinsvorsorge (Leistung, hohe Qualität, allgemein Zugänglichkeit etc.). In der Frage der bisherigen Tätigkeit der Kandidatin in der Privatwirtschaft muss Kroes im Hearing sämtliche möglichen Unvereinbarkeiten ausräumen.

### **Viviane Reding (Luxembourg): Informationsgesellschaft und Medien**

In dieser Anhörung will Karas vor allem die hohe Bedeutung der e-Europe-Programms für die Wirtschaft und den Ausbau der Informationsgesellschaft herausgestrichen wissen. Auch der Wettbewerb im Bereich Telekommunikation ist zu fördern, wobei Qualitätskriterien (vgl. Daseinsvorsorge) garantiert bleiben müssen. Begrüßt wird von Karas in diesem Zusammenhang die Ankündigung der Kommission, sich um den Zugang für alle Bürger, d.h. auch und vor allem für Menschen mit Behinderungen, zu bemühen. Weiters erhebt Karas die Forderung, effiziente Bemühungen im Kampf gegen die Netzkriminalität und Kinderpornographie konsequent weiterzuführen.

### **Joaquín Almunia (Spanien): Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten**

Zentrales Anliegen von Karas in dieser Anhörung ist die Erhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts in seiner ursprünglichen Form. Begrüßt wird auch die Ankündigung, die Rolle der nationalen Parlamente in der Diskussion um die Broad Economic Policy Guidelines stärker zu berücksichtigen. Die bisherigen Ausführungen Almunias zur demographischen Entwicklung und seine dazu aufgezählten Lösungsansätze zeugen von einem breiten und integrativen Politikansatz, der von Karas geteilt wird, aber noch weitere Diskussion erfordert.

#### **Rückfragen:**

**MEP Mag. Othmar Karas**, Tel.: 0032-2-284-5627 (okaras@europarl.eu.int)

## **Univ. Prof. Dr. Reinhard Rack**

### **Jacques Barrot (Frankreich): Verkehr**

Der steirische Abgeordnete Reinhard Rack wird sich in der Anhörung des französischen Kandidaten vor dem Verkehrsausschuss vor allem auf die Schwerpunkte Eurovignette, 3. Führerscheinrichtlinie, Transeuropäische Netze, Marco Polo II und die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im grenzüberschreitenden Bahnverkehr konzentrieren. Aus österreichischer Sicht kommt der Fortführung der Verhandlungen um die Eurovignette zentrale Rolle zu. Der bisherige Berichterstatter im Europäischen Parlament zum Vorschlag für eine Richtlinie über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge, Luigi Cocilovo (Italien/ALDE), ist durch die niederländische Abgeordnete Corien Wortmann-Kool (EVPED) ersetzt worden. Nach Wunsch der niederländischen EU-Präsidentschaft soll die Wegekostenrichtlinie noch heuer beschlossen werden, am 7. Oktober steht das Thema erneut auf der Tagesordnung des Verkehrsministerrates. Auch der Verkehrsausschuss hat die Eurovignette in seinem schriftlichen Fragebogen an Barrot angesprochen, Professor Rack wird ebenfalls eine mündliche Frage zu diesem Thema stellen, um die aus österreichischer Sicht wichtigsten Punkte nochmals zu betonen. Wichtig ist es auf die Einbeziehung von sensiblen Zonen, Zeiten und Situationen in die Berechnungsgrundlage, auf die Querfinanzierung sowie auf die Anrechenbarkeit der Baukosten ohne zeitliche

Einschränkung, hinzuweisen. Besondere Aufmerksamkeit muss weiters auf den steigenden Bedarf an Beförderungsleistungen für die Wirtschaft in den Mitgliedsstaaten gelegt werden. Hierbei stellt sich die Frage, welche Förderungsmaßnahmen für eine zusätzliche Attraktivierung der Eisenbahn vorgesehen sind, außer der bereits eingeleiteten Netzliberalisierung?

### **Margot Wallström (Schweden): Institutionelle Beziehungen und Kommunikation**

---

Im Ausschuss für konstitutionelle Fragen stehen für Professor Rack die bevorstehenden Ratifizierungsprozesse der Europäischen Verfassung und die damit verbundenen Referenden in den einzelnen Mitgliedstaaten im Mittelpunkt der Gespräche. Für den Ausschuss ist es wichtig, dass das Europäische Parlament das erste Parlament ist, das zur neuen Europäischen Verfassung Stellung nimmt. Nach der bisherigen Planung, soll über den Bericht von Herrn Abgeordneten Méndez de Vigo und Herrn Abgeordneten Corbett noch diesen Dezember in Straßburg abgestimmt werden. Für Rack ist die Informations- und Kommunikationsarbeit im Vorfeld der einzelnen Referenden ausschlaggebend. Auf diese Projekte ist besonderes Augenmerk zu legen, sie müssen so schnell wie möglich realisiert werden.

### **Günter Verheugen (Deutschland): Unternehmen und Industrie**

---

Im Bereich des Fremdenverkehrs ist für Rack die Frage des Verkehrsausschusses hervorzuheben, die insbesondere die Regionen mit weniger stark entwickelten Industrie- und Wirtschaftszweigen anspricht, für welche der Fremdenverkehr als Wirtschaftsfaktor in der EU von besonderer Bedeutung ist. Rack will insbesondere wissen, welche Maßnahmen die Kommission zur Förderung eines nachhaltigen Fremdenverkehrs treffen könnte, der keine Bedrohung für die Umwelt, das kulturelle Erbe oder die lokalen Gemeinschaften darstellt.

#### **Rückfragen:**

**MEP Univ. Prof. Dr. Reinhard Rack**, Tel.: 0032-2-284-5773 (rrack@europarl.eu.int)

## **Agnes Schierhuber**

### **Mariann Fischer Boel (Dänemark): Landwirtschaft**

---

Für die einzige österreichische bäuerliche Vertreterin im Europäischen Parlament, Agnes Schierhuber, steht im Zuge dieser Anhörung im Vordergrund, den bisherigen Kurs der Gemeinsamen Agrarpolitik im Großen und Ganzen beizubehalten. Aus Sicht der designierten Kommissarin soll der ländlichen Entwicklung eine wichtigere Rolle zukommen, gleichzeitig soll eine Brücke zu anderen Maßnahmen im ländlichen Raum geschlagen werden, die über den land- und forstwirtschaftlichen Bereich hinausgehen. Für Schierhuber wichtig dabei sind entsprechende Überlegungen zur Abgrenzung und zur finanziellen Ausstattung. Eine größere Marktorientierung und stärkere Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft bleiben weiters zentrale Ziele der Kommission, wobei Fischer Boel ihr Augenmerk eher auf innovative und unternehmerische Betriebe legt. Aus österreichischer Sicht dürfen dabei die klein strukturierte Landwirtschaft und die Bewirtschaftung in benachteiligten Gebieten nicht außer Acht gelassen werden. Die dänische Kandidatin tritt dafür ein, dass es künftig auch gleichwertig Gentechnik und konventionelle Landwirtschaft sowie Biolandbau geben soll und jede Form der Landwirtschaft den gleichen Stellenwert haben sollte. Für Schierhuber und Österreich ist hier die Klärung der Frage der Koexistenz mit klaren Regeln wichtig.

## **Rocco Buttiglione (Italien): Recht, Freiheit und Sicherheit**

---

Zu den bisher gemachten Vorschlägen des designierten italienischen Kommissionsmitglieds vertritt die Sicherheitssprecherin der ÖVP-Delegation Agnes Schierhuber folgende Ansichten: Die Forderung nach einem EU-einheitlichen Asylsystem ist zu begrüßen, dies kann aber nur die Vorstufe für die Schaffung einer EU-Asylagentur sein. Bei der Schaffung einer einheitlichen EU-Migrationspolitik müssen die nationalen Aufnahmekapazitäten und die nationale Arbeitsmarktlage berücksichtigt werden. Notwendig wird auch die Schaffung einheitlicher Visaausstellungsvorschriften als Vorstufe für eine Schengen-Visaagentur sein, ebenso wie eine politische Einigung auf eine effiziente Rückführungspolitik durch den Abschluss von EU-Rückübernahmeabkommen. In Bezug auf die Forderung nach der Einrichtung von Aufnahmezentren tritt Schierhuber für eine Stärkung der Herkunftsregion und damit dem dortigen Verbleib potentieller Flüchtlinge ein. Mittelfristig soll die Aufnahme von sicheren Herkunftsstaaten und Transitländern in eine Liste erfolgen um die Flüchtlingsströme nach Europa einzudämmen.

Die Einrichtung einer EU-Grenzschutzagentur hat für Schierhuber höchste Priorität, wobei sie für die Weiterführung der bestehenden Zentren für Land-, Luft- und Seegrenzen eintritt. Abgelehnt wird von Schierhuber jedoch die Errichtung eines EU-Korps von Grenzschutzbeamten. Kritisch steht Schierhuber auch der Vorstellung Buttigliones gegenüber, nach der die Kommission gemeinsam mit dem Generalsekretariat des Rates für die Bekämpfung des Terrorismus verantwortlich sein soll. Für sie muss auch weiterhin der Rat der Innenminister als politisches Steuerungsorgan im Kampf gegen den Terrorismus fungieren. Der Dialog auf dem Gebiet der Terrorbekämpfung mit den USA muss ausgebaut werden. Im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit wünscht sich Schierhuber eine Steigerung der Effizienz von Europol durch die verbesserte Nutzung des Europol Informationssystems (EIS), die Errichtung gemeinsamer Ermittlungsteams und die Straffung der internen Organisations- und Arbeitsabläufe.

### **Rückfragen:**

**MEP Agnes Schierhuber**, Tel.: 0032-2-284-5741 (aschierhuber@europarl.eu.int)

## **Dr. Paul Rübzig**

### **Günter Verheugen (Deutschland): Unternehmen und Industrie**

---

Die Besetzung des Ressorts Industrie & Unternehmen mit Günter Verheugen wird von Rübzig positiv beurteilt. Er begrüßt die Überlegung, dass der Kommissar bei allen Vorschlägen und Initiativen eine integrierte Betrachtung der Auswirkung auf die EU Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen hat und als Hüter der Wettbewerbsfähigkeit bei allen Initiativen der Kommission auftreten und gegenüber dem Rat für eine einheitliche Position sorgen soll. Eine der wichtigsten Erwartungen von Seite der Wirtschaft ist die praktische Einführung eines Impact Assessment Mechanismus, wobei die Minimierung der zu erwartenden bürokratischen Last für die Unternehmen absolute Priorität hat. Wesentlich ist auch eine Strategie der Förderung von KMU. Da die EU bereits heute die am stärksten regulierte Wirtschaftsregion der Welt ist, sollten bestehende Regulierungen durchforstet werden, um Hindernisse für Innovation und Wachstum zu beseitigen. Moderne Wirtschaftspolitik soll Freiräume schaffen, damit kleine und mittlere Unternehmen wachsen und europäischen Firmen sich weltweit behaupten können. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, potenzielle Unternehmer bei der Unternehmensgründung zu unterstützen - in Form von Unterstützung bei bürokratischen Hürden, bei der Ausstattung mit Krediten sowie mit Humanressourcen.

## **Janez Potocnik (Slowenien): Wissenschaft und Forschung**

---

Die Besetzung des Ressorts Forschung mit dem slowenischen Kandidaten wird ebenfalls von Rübig als positiv gewertet. Potocnik verfügt über einen wirtschaftlichen Hintergrund und hat selbst auch als Forscher gearbeitet. Von ihm kann damit erwartet werden, dass sich die EU-Forschungspolitik wieder mehr auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen fokussiert. Konkret erwartet sich Rübig die Umsetzung der Barcelona-Ziele, nämlich die Steigerung der EU-Forschungsausgaben auf 3 Prozent des BIP bis 2010, ein auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen fokussiertes 7. EU-Forschungsrahmenprogramm mit einer Steigerung der Unternehmensbeteiligung vor allem für KMU sowie drittens eine bessere Koordination der EU-Forschungspolitik, um unnötige Duplizierungen auf europäischer und nationaler Ebene zu vermeiden.

## **Viviane Reding (Luxembourg): Informationsgesellschaft und Medien**

---

Gerade der Bereich Informationsgesellschaft stellt einen Eckstein der Lissabon-Strategie dar. Für das Europäische Parlament ist es insbesondere von größter Bedeutung, der Öffentlichkeit das Arbeiten und Funktionieren der europäischen Institutionen besser zu vermitteln sowie einen Dialog mit interessierten Kreisen zu führen. Ziel muss es sein der Bevölkerung Ziele, Strategien und Vorteile der europäischen Integration zu erklären und Ängste nehmen. Konkret erwartet sich Rübig von Reding eine Beschleunigung quantifizierbarer Vergleichsmaßstäbe im Rahmen der Lissabonstrategie durch umfangreiche Erfolgskontrollen und intensiven Dialog mit den Mitgliedstaaten, wobei auch und vor allem das Europäische Parlament verstärkt miteinbezogen werden muss. Weiters wichtig ist die Stärkung der Wissensgrundlagen durch Unterstützung für Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung sowie Mobilität und Austausch in diesen Bereichen. Als dritten Punkt für das Hearing nennt der EVP-ED-Koordinator die Verbesserung der Kommunikationspolitik der EU-Institutionen durch eine verbesserte Medienstrategie.

## **László Kovács (Ungarn): Energie**

---

Die Energiepolitik ist für das Europäische Parlament eine zentraler Punkt der politischen Agenda. In den letzten Jahren wurden mit der Strom- und Gasmarktliberalisierung, der Kraft-Wärmekoppelung und insbesondere der Nuklearen Sicherheit entscheidende Weichenstellungen gesetzt. Gerade in diesem letzten, insbesondere für Österreich wichtigen Punkt geht es um die Verankerung möglichst hoher europäischer Standards und die maximale Sicherheit für Europas Bürger. Die traditionell kritische Haltung des Rates in der Frage der "Europäisierung" nuklearer Sicherheitsstandards erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommission und Parlament. Daher ist es unabdingbar, dass diese Aufgabe von einem erfahrenen Experten wahrgenommen wird, der auf eine enge Zusammenarbeit von Parlament und Kommission Wert legt, um so bestmögliche Lösungskonzepte zu schaffen. Es ist zu hoffen, dass diese Aufgabe von Kommissar Kovacs entsprechend wahrgenommen werden kann. Folgerichtig stehen für Rübig folgende Themen im Mittelpunkt der Anhörung: Die möglichst erfolgreiche Handhabung des Nuklearpakets mit der Gewährleistung möglichst hoher europäischer Standards sowie weitreichende Europäisierung der Nuklearen Sicherheit, die Fortentwicklung und der Ausbau des gemeinsamen Energiemarktes sowie eine enge Kooperation zwischen Parlament und Kommission in Energiefragen.

## **Dalia Grybauskaite (Litauen): Haushalt**

---

Die ehemalige litauische Finanzministerin Dalia Grybauskaite soll in der neuen Kommission für Finanzen und Haushalt zuständig sein. Damit fallen unter ihre Agenden nicht nur die Haushaltspläne für die kommenden Jahre, sondern auch die Verhandlungen über die finanzielle Vorausschau 2007-2013, mit der die Rahmenbedingungen für die künftige

Politikgestaltung in der EU festgelegt werden. In diesem Zusammenhang besonders relevant für Rübzig sind die Vorstellung Grybauskaites für die Weiterentwicklung der insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen relevanten Forschungs-, Entwicklungs- und Bildungsmaßnahmen und des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung.

### **Peter Mandelson (Großbritannien): Internationaler Handel**

---

Der vormalige britische Staatssekretär für Handel und Industrie hat mit seinem neuen Aufgabengebiet des Internationalen Handels ein ebenfalls für die kleinen und mittleren Unternehmen und damit für Paul Rübzig sehr bedeutendes Gebiet übernommen. Nachdem der Export mittlerweile Motor unseres Wirtschaftswachstums in der EU darstellt und die Kommission für die EU in der WTO verhandeln wird, ist die Prioritätensetzung Mandelsons auch über die zukünftigen Handelserleichterungen für Rübzig als Präsident von SME Global-Europe überaus wichtig.

#### **Rückfragen:**

**MEP Dr. Paul Rübzig**, Tel.: 0032-2-284-5749 (pruebig@europarl.eu.int)

## **Dr. Richard Seeber**

### **Stavros Dimas (Griechenland): Umwelt**

---

Im Bereich der Umweltpolitik möchte Richard Seeber den Schwerpunkt auf die Frage einer umweltgerechten Verkehrspolitik legen. Bereits im Zuge der schriftlichen Fragen wollte der Tiroler Abgeordnete wissen, ob und wie Dimas sich in die Verhandlungen über die Eurovignette-Richtlinie, insbesondere im Hinblick auf eine nachhaltige und umweltfreundliche Verkehrspolitik, einschalten wolle. Da verschiedene Untersuchungen der Kommission selbst gezeigt hatten, dass es bislang noch keine vollständige Internalisierung der externen Kosten, insbesondere der Umweltkosten von Schwerverkehr gebe, führt dies zu großen Problemen in sensiblen Gebieten, wie etwa den Bergregionen. Seeber will von Dimas wissen, ob dieser beabsichtige, in diesen sensiblen Gebieten die Möglichkeit einer Quersubventionierung einzuführen. Da Dimas in seiner schriftlichen Antwort nicht auf die Frage eingegangen ist, sondern versucht hat "großräumig" die kritischen Punkte zu umgehen, ist die bisherige Antwort in keiner Weise befriedigend.

### **Danuta Hübner (Polen): Regionalpolitik**

---

Im Regionalausschuss will Seeber vor allem auf die Frage der Förderung von Berggebieten eingehen. Da der statistische Effekt der Erweiterung dazu führen wird, dass heutige Ziel 2 Gebiete aus der regionalen Förderungskulisse herausfallen werden, insbesondere wenn großräumige Abgrenzungen (NUTS I + II) Anwendung finden, will Seeber wissen, ob die Kommissarin auch für Gebiete, die eine sehr heterogene pro-Kopf-Einkommenssituation aufweisen (insbesondere Berggebiete) Sonderförderungen ermöglichen will. In ihrem dritten Kohäsionsreport hat die Kommission diese Problemgebiete miteinbezogen und ist dabei, Lösungen für geografisch spezifische Regionen zu finden. Außerdem werden die Richtlinien für Staatsbeihilfen im Moment wieder evaluiert und es könnte sein, dass Staatsbeihilfen für diese spezifischen Regionen auch eine Lösung darstellen könnten.

### **Jacques Barrot (Frankreich): Verkehr**

---

Für Seeber sind in der Weiterentwicklung der europäischen Verkehrspolitik etliche Fragen essentiell: Nachdem in allen Staaten der Trend festzustellen ist, den Güterverkehr von der umweltfreundlichen Bahn auf die Straße zu verlagern, stellt sich für Seeber die Frage,

inwieweit Barrot Initiativen setzen wird, um im Zuge des TEN-Ausbaus diesem Problem entgegenzuwirken. Weiters ist für die Bewertung Barrots für Seeber ausschlaggebend, welche vertragskonformen Anreize der designierte französische Kommissar in diesem Zusammenhang setzen möchte, um eine nachhaltige Verkehrspolitik auf europäischer Ebene zu fördern, da in manchen Gebieten insbesondere die Straßen an ihren Leistungsgrenzen angelangt sind. In diesem Zusammenhang ist für den Tiroler Abgeordneten auch die Einführung von Verkehrskontingentierungssystemen zur Erhöhung der Leistungsstärke insbesondere der Straßen und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit eine Überlegung wert, auch wenn diese prima facie als Verkehrsbeschränkung erscheinen könnten.

### **Markos Kyprianou (Zypern): Gesundheit und Konsumentenschutz**

Als Umweltsprecher der ÖVP-Delegation ist Richard Seeber bei der Anhörung des zypriotischen Kandidaten Kyprianou vor allem an der Verbesserung der Tierschutz-Gesetzgebung interessiert. Obgleich die EU schon heute über die ausgedehnteste tierschutzbezogene Gesetzgebung der Welt verfügt, wird diese in den Mitgliedstaaten oft nicht vorschriftgemäß um- und durchgesetzt. So wurden 2004 europaweit lediglich 7 Prozent der Inspektionen im Bereich des Tierschutzes durchgeführt. Seeber möchte von Kyprianou daher vor allem Auskunft darüber, welche Strategie er einschlagen möchte, um eine bessere Umsetzung und Durchführung der tierschutzbezogenen Gesetzgebung sicherzustellen und ob er die Anzahl der FVO-Kontrollen in diesem Bereich erhöhen will. Wichtig für Seeber ist auch die Auskunft auf seine Frage, wie Kyprianou Tierschutzbelange konsequent in andere Politikbereiche der Union integrieren will.

#### **Rückfragen:**

**MEP Dr. Richard Seeber**, Tel.: 0032-2-284-5468 (rseeber@europarl.eu.int)